

## **SP Energie-Tagung fordert: Rahmenbedingungen für den Umstieg auf erneuerbare Energien sowie die Förderung der Energieeffizienz mit dem Ziel, aus der Atomenergie auszusteigen**

*Resolution der Energie-Tagung der SP Schweiz vom 12. November 2005 in Basel,  
verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP Schweiz am 18. November 2005*

- 1. Die TeilnehmerInnen der Energie-Tagung der SP Schweiz fordern den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien in der Schweiz, die intensive Förderung der Energieeffizienz und die Beendigung des Experiments Atomenergie.**
- 2. Wir verlangen den Verzicht auf neue Atomkraftwerke, die Einführung der risikogerechten Haftpflichtversicherung für alle Formen der Energieproduktion, insbesondere von Atomanlagen, den Verzicht auf Betriebsverlängerungen und die schrittweise Stilllegung aller alten Reaktoren in der Schweiz.**
- 3. Seit Jahrzehnten blockieren Atomlobby und Stromkonzerne die erneuerbaren Energien sowie Massnahmen zur Energieeffizienz. Die Schweiz ist inzwischen europäisches Schlusslicht punkto Zubau an erneuerbaren Energien. Das darf nicht länger so bleiben. Wir verlangen kostendeckende Einspeisevergütungen und Rechtssicherheit für alle InvestorInnen, die in erneuerbare Energien und in Energieeffizienz investieren.**
- 4. Wir verlangen, dass das ungenügende Ziel im Stromversorgungsgesetz – 5400 GWh zusätzlich bis 2030 – nach oben korrigiert wird: Wir fordern einen Ausbau der erneuerbaren Energien nicht unter dem Steigerungsniveau von vergleichbaren Ländern der EU.**
- 5. Die Potentiale der erneuerbaren Energien – Biomasse, Geothermie, Windenergie, Solarenergie– sowie der Energieeffizienz sind auch in der Schweiz überaus gross und ausreichend für eine Vollversorgung. Die meisten Techniken operieren zu marktnahen Preisen und sind bei einer korrekten Vollkostenbetrachtung günstiger als Strom aus neuen Atomkraftwerken. Was fehlt, ist der politische Wille.**
- 6. Wir verlangen zusätzliche Massnahmen zur Reduktion des Stromverbrauchs mit einer klaren Zielgrösse und damit verbunden eine regelmässige Berichterstattungspflicht in Bezug auf den Umsetzungsgrad.**
- 7. Mit Bestgeräten (A-Klasse) und Sanierungen können gemäss einer Untersuchung der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz S.A.F.E. bis zu 30 % der Elektrizität eingespart werden. Auch hier sind die entsprechenden Programme zu forcieren und entsprechende Vorschriften zu erlassen.**
- 8. Techniken mit erneuerbaren Energien**
  - sind exportfähig,
  - stärken die Versorgungssicherheit dank erneuerbarer Ressourcen,
  - bringen dem Gewerbe neue Aufträge und Arbeitsplätze,
  - vermindern die Importabhängigkeit,
  - stärken die Sicherheit der Bevölkerung und entschärfen internationale Konflikte, insbesondere bei dezentraler Strukturierung der Erzeugung und bei besserer internationaler Strom-Vernetzung.
- 9. Neunzehn Jahre nach dem Super-GAU<sup>1</sup> von Tschernobyl versuchen internationale Organisationen wie die IAEA die Folgen von Tschernobyl mit menschenverachtenden PR-Methoden zu verharmlosen. Heute leben 2,5 Millionen Menschen in verseuchten Gebieten. Sie essen kontaminierte Lebensmittel und die Morbidität nimmt weiter zu. Wir fordern die Medien auf, diese Berichte zu hinterfragen und die Lage der Betroffenen nicht aus zweiter Hand, sondern durch authentische Untersuchungen vor Ort zu reflektieren.**

<sup>1</sup> Gau = grösster anzunehmender Unfall

**10. Für Atomtechniken (Kern-Spaltung und Kernfusion) sollen keine öffentlichen Gelder mehr ausgegeben werden. Die frei werdenden Geldmittel sind für die erneuerbaren Energien einzusetzen. Die Forschungsarbeiten für die Erhöhung der Sicherheit, die Stilllegung sowie die langfristige Abfallentsorgung von Atomkraftwerken sind von den Produzenten vollumfänglich zu finanzieren, und es müssen dafür ausreichende Reserven angelegt werden.**

**11. Der Standortentscheid für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle darf erst gefällt werden, wenn der Bau neuer AKW in der Schweiz definitiv ausgeschlossen und die Erzeugung von Atommüll aus bestehenden AKW befristet ist.**

## Anhang: Informationen und Begründungen für die Forderungen der SP Schweiz

### Gefährliche Technik

Fünf Atomkraftwerke sind in der Schweiz in Betrieb, das älteste, Beznau I, seit 1969. Die Technologie ist veraltet und nicht wirklich sicher beherrschbar. Menschliches wie technisches Versagen kann bei dieser hochkomplexen Technologie zum GAU, zum grössten anzunehmenden Unfall, führen. Auch die Schweiz hat Erfahrungen mit einem GAU: Am 21. Januar 1969 ereignete sich im ersten schweizerischen Reaktor im waadtländischen Lucens kurz nach Betriebsbeginn eine Kernschmelze.

Heute haben Beznau I, Beznau II, Gösgen und Leibstadt unbefristete Betriebsbewilligungen. Die Betreibergesellschaft des AKW Mühleberg reichte Anfang 2005 das Gesuch für eine unbefristete Betriebsbewilligung ein. Das Unfallrisiko eines AKW steigt aber mit zunehmendem Alter. Seit 1990 ist bekannt, dass das AKW Mühleberg Kernmantelrisse aufweist, die sich seither noch ausgeweitet haben.

### Terrorgefahr und Proliferation

Atomkraftwerke halten einem kriegerischen oder terroristischen Angriff nicht stand. Auch ein Flugzeugabsturz würde verheerende Folgen haben. Die Decke des Atomkraftwerkes Mühleberg beispielsweise ist nur zwischen 15 und 30 Zentimeter dick. Gegenüber terroristischen Angriffen versagen zudem alle Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen.

Zwischen der zivilen Nutzung von Atomenergie und der Atombombe gibt es einen engen Zusammenhang. Wer die zivile Nutzung der Atomenergie propagiert, ist indirekt auch an der Weiterverbreitung der Atomtechnologie im Allgemeinen und der Atombombe im Speziellen beteiligt.

### Atommüllproblem nicht gelöst

Das Problem der Lagerung von Atommüll ist unlösbar. Kein System der Welt kann garantieren, dass ein Lager während X zehntausend Jahren sicher ist. Der von der Nagra vorgelegte so genannte „Entsorgungsnachweis“ vermag die Bedenken in Bezug auf die Sicherheit nicht zu zerstreuen. Die Nagra operiert nicht unabhängig, die ExpertInnen werden von der Atomindustrie bestellt und bezahlt, die Abfälle sind nicht rückholbar.

### Gefährdung durch Uranabbau

Uran wird vorwiegend in Namibia, Australien, den USA, Kanada und Russland abgebaut. Nur gerade 5 % des Uranerzes können jedoch für die Energieerzeugung genutzt werden. Die restlichen 95 % werden als strahlendes Gestein liegen gelassen. Der radioaktive Staub sowie das frei werdende Radon-Gas breiten sich über weite Gebiete aus. Von diesen gesundheitsschädlichen Strahlen sind vor allem indigene Völker betroffen.

### Uran ist eine endliche Ressource

Uran ist in keiner Weise unerschöpflich. Das momentan bekannte und wirtschaftlich abbaubare Uran reicht beim heutigen Uranbedarf (weltweit ca. 440 Atomreaktoren) noch 60 – 70 Jahre. Bei einem Ausbau der Atomenergie verkürzt sich die Frist auf noch weniger Jahrzehnte.

### Atomstrom ist nicht CO<sup>2</sup>-frei

AKW emittieren in allen Phasen ihrer Nutzung CO<sup>2</sup>. Bei der Gewinnung von Uran, dem Bau des AKW, über die Anreicherung, Konditionierung, Wiederaufarbeitung, Transport und Endlagerung – stets sind fossile Energien im Spiel, welche zur Emission von Klimagasen führen. In 9 verschiedenen Studien wurden als Gesamtbilanz Ergebnisse zwischen 28 bis 159 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde Atomstrom ermittelt. Der Durchschnitt liegt bei 60 Gramm CO<sup>2</sup> pro Kilowattstunde Atomstrom. Das ist mehr CO<sup>2</sup> als bei modernen Gas-Blockheizkraftwerken emittiert wird, weil die Abwärme der AKW fast gar nicht energetisch genutzt wird.

### Die atomare Stromproduktion ist ein Klumpenrisiko

Aufgrund eines Generatorschadens sowie Bedienungsfehlern stand das AKW Leibstadt 2005 während insgesamt fünf Monaten still. Einige wenige Grossanlagen bei der Stromversorgung stellen ein Klumpenrisiko dar. Eine dezentrale Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, die auf einer Vielzahl von Anlagen und Technologien beruht, erhöht die Versorgungssicherheit.

### Atomstrom ist teurer Strom und in seiner Nutzung unrentabel

Im Kanton Basel-Stadt, der sich nie an AKW beteiligt hat, liegen die Preise pro Kilowattstunde Strom um rund 5 Rappen tiefer als im schweizerischen Durchschnitt. In Baden, wo Axpo und NOK ihren Sitz haben, liegt der Preis hingegen 5 Rappen darüber. Dies deshalb, weil die hohen Kosten der Atomkraftwerke in einer Mischrechnung zusammen mit Strom aus alten Wasserkraftwerken verrechnet werden müssen.

Die Atomlobby misst häufig nur die Kosten für Brennstoffe und Betrieb und unterschlägt die hohen Kapitalkosten für den Neubau und die Entsorgung der Atomkraftwerke. Atomstrom war nie wirklich billig. Würden Atomkraftwerke verpflichtet, höhere Rückstellungen zu machen und sich dem Gefährdungspotenzial entsprechend zu versichern, wären sie noch unrentabler, als sie es bereits sind.

Atomkraftwerke produzieren Bandenergie und lassen sich nicht an den jahres- und tageszeitlich schwankenden Bedarf anpassen. Nur etwa ein Drittel der produzierten Energie wird genutzt, zwei Drittel entweichen als Abwärme in die Atmosphäre oder in die Flüsse.

### Mehr Arbeitsplätze, Innovation und Wertschöpfung ohne Atomkraft

Ein Innovationsschub bei den erneuerbaren Energien würde ein Vielfaches an Arbeitsplätzen in der Schweiz schaffen, verglichen mit dem heutigen Betrieb der Atomkraftwerke. Von den erneuerbaren Energien profitieren die Städte und die Randregionen der Schweiz gleichermassen. So werden heute z.B. erst 11 % der Biomasse energetisch genutzt und in unseren Wäldern liegt viel Holz, das wir CO<sup>2</sup>-neutral zu Heizzwecken einsetzen könnten. Auch bei den Altbausanierungen, bei der Nutzung der Geothermie und den Innovationen in neue Techniken liegt ein riesiges Potential für unser Land.